

Erhaltung eines Sozialsystems des Masses in der Schweiz

Autor(en): **Aeberhardt, Werner**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schriftenreihe = Collection / Forum Helveticum**

Band (Jahr): **9 (1999)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-832864>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ERHALTUNG EINES SOZIALSYSTEMS DES MASSES IN DER SCHWEIZ

Werner Aeberhardt

Ein nachhaltiges Sozialsystem garantiert jeder Generation über ihren Lebenszyklus hinweg ein bestimmtes Leistungsniveau. Im Idealfall weiss der Zwanzigjährige, welche Leistungen er als Rentner in etwa zu erwarten hat. Weiter kann er absehen, welche Beiträge er während seiner beruflichen Laufbahn zu entrichten haben wird.

Nachhaltige Sozialsysteme brauchen grundsätzlich nicht unbedingt Luxussysteme zu sein (Vollkasko mentalität). Von einem bescheidenen System, das nach gemäss der Bedürftigkeit Unterstützung gewährt, bis hin zu einem relativ komfortablen Netz der sozialen Sicherung sind im Prinzip alle Varianten denkbar. Für den Versicherten hat ein nachhaltiges System den Vorteil, dass er sein lebenslanges Sparen und Konsumieren relativ leicht planen kann. Weiter kann er damit rechnen, dass er dereinst für seine Beiträge auch eine entsprechende Gegenleistung erhalten wird.

Einen Modellfall, wie er hier beschrieben wird, hat es bisher nie gegeben. In den letzten Jahrzehnten ist der Volkswohlstand ständig gestiegen. Gleichzeitig wurden unsere Sozialwerke stark ausgebaut. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, dass Sozialwerke einen ausgesprochen langfristigen Aspekt haben. Der Transparenz und Planbarkeit kommt somit höchste Bedeutung zu.

Welches sind nun die Gefahren für die Nachhaltigkeit der Sozialwerke?

1. Ein Sozialsystem kann zu spartanisch ausgelegt sein, Spannungen hervorrufen, und das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben eines Landes lähmen.
2. Ein Sozialsystem kann zu generös ausgelegt sein und die Eigeninitiative der Menschen behindern. Der Anreiz, Leistungen zu erbringen, kreativ und innovativ zu sein, kann zum Erliegen kommen. Zukünftige Generationen können sich weigern, die hohen Soziallasten weiterhin zu tragen.

Wer nimmt Mass?

Damit sind wir bereits bei unserem Tagesthema. Die Ausgestaltung der Sozialwerke ist eine Frage des Masses, und Mass nimmt in einer Demokratie der Stimmbürger.

Auf dem europäischen Kontinent besteht heute ein sehr breiter Konsens, dass das Netz der sozialen Sicherung gut ausgebaut sein soll. Die überwiegende Mehrheit der Bürger wünscht ein System, in dem die Menschen das Alter in Würde verbringen können, in dem die Benachteiligten eine Chance haben und in dem jeder Zugang zu einer hochstehenden medizinischen Versorgung hat.

Die Entwicklung unserer Sozialwerke

Wie bereits erwähnt, stehen wir am Ende einer beispiellosen Aufwärtsentwicklung der Sozialwerke. Der Ausbau geschah, dank des starken Wirtschaftswachstums, praktisch schmerzlos und – ich möchte fast sagen – unbemerkt.

In den kommenden Jahrzehnten wird der Mittelbedarf auch ohne Ausbau stark ansteigen. Ursachen sind die demographische Alterung sowie Umschichtungen in der Sozialstruktur. Die Zahlen und Grössenordnungen sind hinlänglich bekannt. Ich möchte lediglich beifügen, dass auch die andern westlichen Industrieländer mit dieser Entwicklung konfrontiert sind.

Dieses Szenario legt nahe, dass in Zukunft die Zeichen nicht mehr auf Ausbau, sondern eher auf Konsolidierung stehen werden. Auf welchem Niveau dies geschieht – ob noch einzelne punktuelle Verbesserungen möglich sind, oder ob im Gegenteil gewisse Leistungen beschnitten werden müssen, ist von der Politik zu entscheiden.

Entscheidend für den Erfolg der Konsolidierung wird die Prosperität unserer Wirtschaft sein. Nur eine wachsende Wirtschaft wird in der Lage sein, diese Aufgaben in Zukunft zu meistern. Unter Umständen gibt es hier einen Zielkonflikt mit der Forderung nach einer nachhaltigen Entwicklung im Umweltbereich.

Rahmenbedingungen des Auslandes

Weltweit ist in den letzten Jahrzehnten ein Wettbewerb um Produktionsstandorte entbrannt. Die weltweiten Liberalisierungen und der Aufbau der Kommunikationsnetze hat den Unternehmen die Möglichkeit eröffnet, dort zu produzieren, wo dies am vorteilhaftesten ist. Die Öffnung der Märkte hat aber nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer. Letztere werden sich auf politischem Weg gegen weitere Liberalisierungsschritte sträuben. Ein soziales Sicherheitsnetz kann diese Widerstände mildern und eine Voraussetzung für die politische Nachhaltigkeit der Wirtschaftsöffnung sein.

Gleichzeitig sind die Länder nicht mehr vollkommen frei in der Ausgestaltung ihrer Sozialwerke. Der internationale Wettbewerbsdruck setzt

den staatlichen Aufwendungen für den Sozialstaat Grenzen. Notwendig ist bei dieser Sachlage nicht ein Abbau staatlicher Sicherheitsnetze, was zu einem "Backlash" gegen die Globalisierung führen kann, sondern eine gesteigerte Effizienz staatlichen Handelns.

Die Sozialwerke müssen somit nicht nur nachhaltig finanziert werden, sondern können aktiv zur nachhaltigen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft beitragen. Damit fördern sie die soziale Stabilität, was ein Standortvorteil darstellt, und die politische Unterstützung für eine weitere Wirtschaftsöffnung, was zu höherem Wachstum und neuen Arbeitsplätzen beiträgt.

Anreizstrukturen

Schranken werden dem Sozialsystem nicht nur durch die Globalisierung gegeben. Mit dem Ansteigen der Steuern und Abgaben verfügt die aktive Bevölkerung über ein geringeres verfügbares Einkommen. Dies geht solange gut, als der Arbeitende der Ansicht ist, dass er für seine einbezahlten Beiträge auch einen valablen Gegenwert erhält. Dieser kann sowohl Leistungen zu seinen Gunsten als auch altruistische Komponenten enthalten. Es dürfte wohl niemand daran Freude haben, offene Armut zu erleben.

Sobald der Arbeitende dagegen zur Auffassung gelangt, dass der geleistete Gegenwert nicht mehr angemessen ist, kann er auf das System reagieren. Im Extremfall wandert er aus und sucht sich ein Land, in dem ihm ein grösserer Teil seiner Entlohnung bleibt. Andere Möglichkeiten bestehen darin, die Anstrengungen, etwas zu leisten, zu reduzieren. Damit verliert die Volkswirtschaft wertvolle Ressourcen. Eine weitere Steigerung besteht darin, das Sozialsystem gezielt auszubeuten (ich bezahle hohe Beiträge, also will ich auch das Maximum herausholen).

Noch schlimmer wird es, wenn plötzlich eine ganze Generation nicht mehr zufrieden ist. Sofern es ihnen gelingt, eine Mehrheit zu erreichen, können sie auf demokratischem Weg die Steuern und Abgaben reduzieren. Damit wird die Generation, welche sich im Pensionierungsalter befindet, ihrer erwarteten Erträge beraubt, für die sie ein Leben lang Beiträge geleistet hat. Der implizite Generationenvertrag wird gebrochen. Wenn man sich vor Augen führt, dass im nächsten Jahrhundert in Europa auf zwei Arbeitnehmer ein Rentner kommt, muss man diese Möglichkeit als durchaus real betrachten.

Diese Zusammenhänge legen eine Zurückhaltung bei der Erhöhung der Sozialabgaben allgemein und den Lohnnebenkosten im Besonderen nahe. Diese Bedenken dürfen nicht dahin missverstanden werden, dass ich jedem Ausbau des Sozialsystems negativ gegenüberstehe. Im Gegenteil bedarf es eines ständigen Wandels, der gewisse punktuelle Verbesserun-

gen nicht a priori ausschliesst. Die 11. AHV Revision und die 1. BVG Revision werden meines Erachtens in diese Richtung gehen.

Aus diesen Überlegungen geht hervor, dass das Mass-Nehmen im Sozialbereich eine Gratwanderung darstellt. Mir scheint es in diesem Zusammenhang von zentraler Bedeutung zu sein, dass die anstehenden Fragen in einem Klima der Offenheit und möglichst grosser Transparenz diskutiert werden.

Wie wandeln sich Staaten? Diese Frage ist recht spannend, wenn sie in einem Moment gestellt wird, da die Schweiz die Wandlung von 1848 soeben gefeiert hat und gleichzeitig weitherum ein Unbehagen herrscht, dass sich 150 Jahre später gar nichts mehr wandeln lässt. Woher die Rettung, woher ein Anstoss?

Kontaktadresse: Bundesamt für Wirtschaft und Arbeit, 3003 Bern,
Tel: 031 322 21 42